

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 28. April 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Böhringer Denzer Glattacker Höfler (in Vertretung Escher) Kiefer Kurfeß (in Vertretung Werntaler) Lindemer Martin (in Vertretung Berg) Oehler Roßkopf (in Vertretung Jaenisch) Salach Simon (in Vertretung Bernnat) Vogel Vogelpohl Wiesiollek
Entschuldigt:	Berg, Bernnat, Di Prima, Escher, Jaenisch, Werntaler
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Gerhäuser Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 19.45 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch (bis 19.45 Uhr) Fachbereichsleiter Sproß Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald Frau Renkert Herr Bienhüls Herr Fessler Herr Lüers (18.15 Uhr bis 19.45 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Wiesiollek und Stadtrat Oehler
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.50 Uhr

## **TOP 1**

### **Jahresbericht Fachstelle Wohnungssicherung, mdl. Bericht;**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Insbesondere begrüßt er Frau Ziegler und Herrn Heinz von der agj-Fachstelle Wohnungssicherung Lörrach.

Herr Heinz stellt sodann anhand einer Präsentation den Jahresbericht der Fachstelle Wohnungssicherung Lörrach vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und betont, dass die Problematik des fehlenden günstigen Wohnraums bekannt sei. Die Stadt Lörrach wolle sich vornehmlich dieser Aufgabe annehme.

Stadtrat Dr. Vogelpohl ist der Meinung, dass die Wohnungsknappheit in Lörrach gerade die Schwächsten treffe. Hier müsse man bald Lösungen finden. Im Bereich der Obdachlosenhilfe müsse die Präventionsarbeit intensiviert werden.

Stadtrat Oehler bedankt sich für den Bericht und gibt an, dass er über die Situation erschrocken sei. Die Situation sei geradezu beängstigend, wenn gerade auch ältere Menschen zunehmend von Obdachlosigkeit betroffen seien. Es müssten nun Initiativen ergriffen werden. Es bestehe wohl auch eine Verknüpfung mit der Flüchtlingsproblematik. Er hoffe, dass es hier nicht zu Konkurrenzsituationen komme.

Stadträtin Martin wolle wissen, wie viele Personen über 60 Jahre von Obdachlosigkeit betroffen seien. Die Thematik Seniorenarbeit spiele auch in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Sie interessiere sich zudem für die Erfolge im Rahmen der Resozialisierung Obdachloser und für deren Rückfälligkeit.

Stadtrat Vogel bedankt sich für den Bericht. Viele Probleme seien hausgemacht. Leider würden viele potentielle Wohnungen für die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen leer stehen. Grund hierfür seien zu hohe Hürden für etwaige Vermieter durch Regulierungen im energetischen Bereich. Auch mit Mietnomaden hätten viele Wohnungseigentümer schlechte Erfahrungen gemacht. Die Wohnungseigentümer seien hingegen bei der Vermietung auf Unterstützung angewiesen.

Stadtrat Böhringer bedankt sich für den Bericht. Auf viele Faktoren, welche Obdachlosigkeit begünstigten, habe man als Stadt gar keinen Einfluss. Obdachlose müssten untergebracht und die Situation insgesamt verbessert werden. Vielen älteren Menschen reiche die Rente heute nicht mehr aus. Der soziale Wohnungsbau müsse wieder ausgeweitet werden. Es gebe zudem zu viele Regularien, welche Wohnungseigentümer erfüllen müssten. Früher seien auch sehr schnell Gebäude errichtet worden, sofern Wohnraum gebraucht wurde. Man müsse jetzt handeln. Auch der Landkreis stehe in der Verantwortung. Die Verwaltung stehe sich oft selbst im Weg. Der Fehler aber liege im System. Die Rente sei heutzutage mehr als fragwürdig.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich für den Bericht. Sie gibt an, dass der soziale Wohnungsbau in den vergangenen Jahren leider verloren gegangen sei. Es herrsche eine große Wohnungsnot in der Stadt, da sei die steigende Wohnungslosigkeit gerade die Spitze des Eisbergs. Renten seien oftmals zu niedrig. Es müssten mehr Wohnungen vermittelt werden. Man müsse zügig handeln.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Fachstelle Wohnungssicherung ursprünglich von der Stadt Lörrach initiiert worden sei und nach wie vor von der Stadt finanziert werde. Seit drei Monaten bestehe nun auch die mobile Obdachlosenbetreuung. Auf die Rente habe die Stadt keinen Einfluss, jedoch wolle sie zeitnah eine große Zahl von Wohnungen schaffen. Auch das Thema Verdichtung müsse angegangen werden. Es werde künftig nicht einfacher werden.

Frau Ziegler führt aus, dass die Rückfallquote glücklicherweise insgesamt niedrig ausfalle. Die Meisten würden die dauerhafte Rückkehr in festen Wohnraum schaffen.

Herr Heinz gibt an, dass Mietnomaden insgesamt eher selten auftreten würden. Der Erfolg der Fachstelle liege in der guten Vernetzung mit anderen sozialen Diensten, beispielsweise mit dem Kreissozialamt oder dem Jobcenter.

Der Vorsitzende bedankt sich nochmals bei Frau Ziegler und Herrn Heinz.

## **TOP 2**

### **4. Re-Audit Energiestadt Lörrach / European Energy Award Gold**

#### **Vorlage: 043/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und begrüßt Herrn Horbaty und Herrn Fink, welche im Folgenden das 4. Re-Audit der Stadt Lörrach im Rahmen des European Energy Awards erläutern.

Herr Horbaty stellt sodann anhand einer Präsentation seine Erläuterungen zum 4. Re-Audit der Stadt Lörrach im Rahmen des European Energy Awards dar (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Stadtrat Kiefer begrüßt die Vorlage und bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Simon bedankt sich für den Bericht. Künftig müssten zudem in zunehmendem Maße Privathaushalte miteinbezogen werden.

Stadträtin Salach gibt an, dass die Fraktion der Grünen von der Vorlage begeistert sei. Zwar gebe es punktuell noch Verbesserungspotential, insgesamt freue sie sich jedoch über die vielen in der Vorlage aufgeführten Aspekte. Es sollten weiterhin klimafreundliche Familien unterstützt werden. Beim Thema Wasser und Energie sparen gebe es noch Nachholbedarf. Themen wie Mobilität und Verkehr müsse man weiterhin im Fokus behal-

ten. Beispielsweise könne auch der Transport mit dem Lastenfahrrad in der Stadt noch weiter ausgebaut werden. Der Audit sei auch deswegen wichtig, weil man sich immer wieder neue Ziele setzt und diese verfolgt.

Stadtrat Lindemer hält das Label zwar für interessant, der Sinn des Labels habe sich ihm aber auch nach zweieinhalb Jahren im Gemeinderat noch nicht erschlossen. Man wolle, mit möglichst geringem finanziellem Aufwand, mit natürlichen Ressourcen schonend umgehen. Dies gelinge aber nur unzureichend. Es werde insgesamt viel Geld für ressourcenintensive Maßnahmen ausgegeben. Viele der Maßnahmen, die auch grundsätzlich sinnvoll sind, wären auch ohne Label umsetzbar. Die Fraktion der Freien Wähler werde der Vorlage, vorbehaltlich der Fraktionssitzung, nicht zustimmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Fraktionen die Thematik durchaus nochmals intern diskutieren könnten. Die Stadt Lörrach unternehme im Bereich Klimaschutz und Energie große Anstrengungen entsprechend der Klimakonferenz und werde hierfür als Anerkennung mit einem Label ausgezeichnet. Die Punkte seien bei einer Entscheidung für ein Projekt nicht ausschlaggebend. Auch bekomme die Verwaltung gute Rückmeldungen zu den einzelnen Projekten. Künftig sollen die Privathaushalte, das Gewerbe und die Industrie verstärkt miteinbezogen werden. Man wolle sich mit der Bevölkerung auf den Weg machen. Viele Themen könne man als Stadt alleine nicht angehen. Durch die Teilnahme am European Energy Award alleine würden die Maßnahmen nicht besser werden, jedoch erhielten sie dadurch Rückenwind.

Herr Horbaty erklärt, dass der European Energy Award in erster Linie ein Management-Tool sei, das an die ISO-Zertifizierung von Industriebetrieben angelehnt ist. Man könne die Maßnahmen auch ohne Label umsetzen, mit dem Management-Tool prüfe man aber genauer und die Maßnahmen bekämen zudem einen höheren Stellenwert. Hinzu komme der Blick von außen.

Stadtrat Denzer hält es für wichtig, Ressourcen zu sparen. Man müsse auch Private zum Handeln motivieren. Hierfür benötige es aber keine Gold-Zertifizierung.

Der Vorsitzende bittet die Fraktion der Freien Wähler darum, ihre Entscheidung zu überdenken. Er hoffe auf Zustimmung zu der Vorlage. Die Stadt benötige ab und an ein Feedback zu ihren umgesetzten Projekten.

### TOP 3

#### **Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Lörrach:**

#### **Fortschreibung der Bedarfsplanung**

#### **Vorlage: 010/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Sproß und Frau Renkert erläutern mündlich die Grundzüge der Vorlage zur Kindergartenbedarfsplanung (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag. Er führt aus, dass es erst vor Kurzem eine Veranstaltung mit allen Trägern der Einrichtungen gegeben habe. Hierbei sei auch das Thema Überbelegung angesprochen worden. Es bestehe die Möglichkeit, dass Gruppen kurzfristig um bis zu zehn Prozent überbelegt werden können. Dies dürfe aber nur kurzfristig der Fall sein, da ansonsten das pädagogische Konzept leide. Es sei wichtig, dass man sich dieser Möglichkeit bewusst sei, jedoch sei diese Möglichkeit nicht bei der Bedarfsplanung berücksichtigt worden. Das Anmelde-Verfahren anhand der Anwendung „Little Bird“ verlaufe sehr gut.

Stadtrat Dr. Vogelpohl erklärt, dass sich das Anmeldeverfahren mittels der Anwendung „Little Bird“ etabliert habe. Der Ausbau der Kinderbetreuung in der Fläche werde von der Fraktion der CDU begrüßt. Gerade in der nördlichen Innenstadt bestünden noch Bedarfe. Es dürfe allerdings keine Bedarfssteuerung über den Geldbeutel erfolgen. Man dürfe auch eine gute soziale Durchmischung nicht aus den Augen verlieren. Die Angebote dürften nicht zu teuer werden.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass die Fraktion der SPD die Vorlage nochmals in der Fraktionssitzung diskutieren wolle und diese vorab zur Kenntnis nehme. Es zeige sich wieder einmal, dass alles immer teurer werde. Hier müsse die Stadt aufpassen und gegebenenfalls auf die Bremse treten. Im dörflichen Umfeld sei die Situation insgesamt noch etwas einfacher, in der Stadt werde es aber zunehmend schwieriger. Es schade aber auch nichts, wenn eine Gruppe mal um rund zehn Prozent überbelegt sei.

Stadträtin Martin tut kund, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage nicht uneingeschränkt zustimmen könne. Auch wolle die Fraktion die Vorlage nochmals beraten. Sie plädiert für einen weiteren Ausbau der U3-Betreuung und begründet dies mit dem seit dem 1. August 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz. Betreuung müsse zudem für alle bezahlbar sein. Es gebe durch die vielen Flüchtlingskinder einen weitaus höheren Bedarf, weshalb eine Quote von 40 Prozent nicht ausreichend sei und zudem viele Risikofaktoren, die bei der Bedarfsplanung berücksichtigt werden müssten, beispielsweise Familien, bei denen Kinder auf eine zusätzliche sprachliche Förderung angewiesen seien. Auch eine Erhöhung von Angeboten der Tagesbetreuung bei Tagesmüttern müsse angestrebt werden. Hier bestehe großes Potenzial. Unter dem Schlagwort Spielgruppe könne sie sich nicht allzu viel vorstellen. Was bleibe, sei auch eine statistische Dunkelziffer hinsichtlich Kindern, die einer speziellen Förderung bedürfen. Im Weiteren sei eine enge Vernetzung mit der Jugendhilfe des Landratsamtes sinnvoll.

Der Bedarf in den Ortsteilen müsse stärker gedeckt werden. Hinsichtlich eines eventuellen Neubaus einer Kindertagesstätte in Haagen beziehungsweise der Nutzung der alten Schule brauche es größtmögliche Transparenz. Der Rechtsanspruch auf einen Ü3-Kindergartenplatz bestehe schon seit 1996. In Brombach liege die Quote hierbei bei 96 Prozent. In anderen Teilen der Stadt gebe es hier noch Verbesserungspotenzial. Der gesellschaftliche Wandel mache ohnehin einen stärkeren Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten notwendig. Es bestehe eine Diskrepanz zwischen dem Ist und dem Soll. Es müsse aber auch Lob ausgesprochen werden, beispielsweise für die Etablierung des Anmeldeverfahrens „Little Bird“ oder die Aufnahme von vielen Flüchtlingskindern. Eine zunehmende Vernetzung zwischen den einzelnen Trägern sei wünschenswert. Die Erhöhung der Quoten koste sehr viel Geld, sei aber auch unbedingt notwendig.

Stadtrat Denzer führt aus, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage, vorbehaltlich der Beratung in der Fraktion, zustimmen wolle.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Rechtsansprüche in der Stadt erfüllt werden könnten. Man müsse keine Angebote vorhalten, die nicht nachgefragt werden. Es stelle sich nun die Frage, ob man bei der U3-Betreuung bei einer Quote von 40 Prozent bleiben wolle oder nicht. Auch stelle sich die Frage, ob bei der Ganztagsbetreuung im Kindergarten eine Quote von 30 Prozent erforderlich sei oder nicht. Die Stadt investiere jedes Jahr einen Betrag von 7,5 Millionen Euro in die Kinderbetreuung. Für höhere Quoten müsse auch mehr Geld ausgegeben werden. Zu einer Betreuung U3 bzw. Ü3 könne man Eltern nicht verpflichten. Bisher konnte auch jeder in der Stadt einen Kindergartenplatz finden. Die alte Schule in Haagen werde eventuell für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Momentan werde geprüft, ob die Kindertagesstätte nicht an einer anderen Stelle neu errichtet werden könne.

Frau Renkert gibt an, dass das Kürzel AM für altersgemischte Kindergartengruppen ab zwei Jahren stehe. Bei betreuten Spielgruppen handle es sich um Gruppen für die U3-Betreuung mit Fachkräften in einem Umfang von rund 15 Wochenstunden. Dieses Angebot erfahre eine sehr gute Resonanz. Eine angemessene soziale Durchmischung erhalte man in den einzelnen Gruppen unter anderem durch die Förderung von Elternbeiträgen im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch den Landkreis. Die Stadt Lörrach habe zudem mit den Trägern in den Regelungen zur Betriebskostenförderung vereinbart, dass beitragsreduzierte Plätze für Geschwisterkinder beziehungsweise Kinder aus finanzschwachen Familien zur Verfügung stehen. Zudem müssten die Eltern einen garantierten Anteil der Betreuungskosten finanzieren (Empfehlung der Kirchen und kommunalen Landesverbände: 20 Prozent bei Kindergarten-Regelbetreuung). Hinsichtlich der Kindertagespflege stehe die Verwaltung in engem Kontakt mit dem zuständigen Fachdienst. Die Tagespflege bilde aber nicht das Gros der Nachfrage. In anderen Kommunen im Landkreis werde die Tagesbetreuung finanziell gefördert, jedoch wisse man nicht, ob dies nachhaltig zu einer Erweiterung des Angebots führt. Sollten die Quoten nicht weiter geändert werden, würde künftig eine zweijährige Bedarfsplanung Sinn machen.

Es erfolgt eine kurze Aussprache zum formellen Inhalt der Beschlussvorlage, an der sich der Vorsitzende, Stadtrat Böhringer und Stadträtin Kurfeß beteiligen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass die Faktion der Grünen der Vorlage voraussichtlich zustimmen werde.

Stadträtin Martin betont, dass es bei der Diskussion nicht alleine um Quoten gehen dürfe, sondern um Kinder und deren Entwicklung. Manche Kinder müssten von staatlicher Seite aufgesucht und in den Kindergarten gebracht werden. Sie weist auch auf Maßnahmen bei Kindeswohlgefährdungen hin.

Der Vorsitzende erklärt, dass es bei der Thematik darum gehe, den Bedarf zu decken, welchen die Eltern in Lörrach haben. Die Stadt könne nicht Aufgaben des Jugendamtes beziehungsweise des Landkreises übernehmen. Er bittet die Fraktionen, die Vorlage nochmals intern zu beraten.

#### **TOP 4**

#### **Masterplan Mobilität: Sachstand 2015 und Fortschreibung 2016**

#### **Vorlage: 046/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und stellt sodann anhand einer Präsentation die wesentlichen Aspekte des Masterplans Mobilität vor (Anlage 4).

Stadtrat Glattacker bedankt sich für den Bericht. Die Entwicklungen seien insgesamt sehr positiv. Er bittet zudem um eine baldige Vorlage des von der Fraktion der CDU geforderten Generalverkehrsplanes.

Stadtrat Oehler bittet darum, die aufgezeigte Nahverkehrsplanung zu überdenken. Unterdessen müsse die Mobilitätsdrehzscheibe am Bahnhof Haagen vorangebracht werden. Ebenso müsse die E-Mobilität in der Stadt weiter ausgebaut werden.

Stadträtin Wiesiollek fordert eine baldige Fortsetzung der Planungen hinsichtlich des Radwegs rechts der Wiese. Der Bereich der Stettengasse sei in einem sehr schlechten Zustand. Hier müsse dringend etwas getan werden. Auch die Prüfung, ob ein Radweg entlang der Gewerbehahntrasse möglich sei, müsse weiter vorangetrieben werden.

Stadtrat Denzer hält den Masterplan Mobilität für sehr gelungen. Zur Stettengasse müsse gesagt werden, dass der Rat nicht die komplette Sanierung der Straße abgelehnt habe, sondern nur die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante. Ein Verzicht auf den Kreis Gretherstraße / Schwarzwaldstraße werde begrüßt.

Der Vorsitzende betont, dass die Verwaltung grundsätzlich lernfähig sei. Die Stettengasse werde in der Vorlage fälschlicherweise als endgültig abgelehnt erwähnt, es fehle der Zusatz "in der vorgelegten Form". Ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen zum Generalverkehrsplan für die Stadt Lörrach solle noch vor der Sommerpause vorgelegt werden. Auch mit der Nahverkehrsplanung befasse sich die Verwaltung momentan, unter anderem auch in Kooperation mit dem Landkreis. Eine Mobilitätsdrehzscheibe sei am Bahnhof

Brombach geplant, hinsichtlich einer Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Haagen sei die Situation vor Ort noch nicht eindeutig geklärt. Die Elektro-Mobilität werde in der Stadt stetig ausgebaut. Insgesamt gebe es in der Stadt inzwischen etwa sieben öffentliche Ladestationen, sprich 14 Ladepunkte. Hier kooperiere man eng mit der Stadtmobil GmbH und der my-e-car GmbH. Der Ausbau des Radwegs rechts der Wiese mache weitere Gespräche erforderlich. Das Stadtradeln könne dieses Jahr zwar leider nicht stattfinden, jedoch werde man im nächsten Jahr das 200-jährige Jubiläum des Fahrrads in feierlichem Rahmen begehen.

Facbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Bau einer Trasse entlang der Gewerbebahntrasse nicht prioritär behandelt werde. Zwar könne hier und auch entlang des Gewerbekanal eine Trasse errichtet werden, allerdings würden diese Möglichkeiten momentan nicht verfolgt werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung intensiv an den verschiedensten Projekten arbeite.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Sachstandsbericht von 2015 und die vorgesehenen Maßnahmen 2016 werden zur Kenntnis genommen.

## **TOP 5**

### **Neugestaltung und Aufwertung des Hebelparks, Arbeitsvergabe Garten- und Landschaftsbauarbeiten Vorlage: 049/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Glattacker bedankt sich für die Vorlage. Er wolle wissen, ob die Maßnahmen mit den eingeplanten finanziellen Mitteln realisierbar seien.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass er der Vorlage nicht zustimmen wolle. Es werde wieder einmal viel zu viel Geld ausgegeben. Der Park interessiere niemanden.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass der Hebelpark ein Aushängeschild der Innenstadt sei. Der Park müsse dringend erneuert werden.

Stadtrat Denzer erklärt, dass der Gemeinderat bereits einen Beschluss zu der Erneuerung des Parks gefasst habe. Bisher lägen die Kosten noch im veranschlagten Rahmen.

Stadtrat Oehler sagt, dass die Verwaltung die Kosten für die Erneuerung gut im Auge behalten müsse. Er wolle der Vorlage jedoch zustimmen.

Fachbereichsleiterin Buchauer sei zuversichtlich, dass der angepeilte Kostenrahmen nicht überschritten werde. Die Auftragssumme für die Garten- und Landschaftsbauarbeiten unterschreiten die in der Kostenberechnung ermittelte Summe, so dass ein finanzieller Puffer vorhanden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei einer Gegenstimme, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

Der Sachstandsbericht von 2015 und die vorgesehenen Maßnahmen 2016 werden zur Kenntnis genommen.

## **TOP 6**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **Auftragsvergabe Kreisel Zollfreie Straße**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Firma Vogel Bau den Zuschlag für die Errichtung des Kreisels an der Zollfreien Straße erhalten habe.

## **TOP 7**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **Zuschüsse kommunaler Sportstättenbau**

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, inwiefern die Stadt Lörrach Zuschüsse für den kommunalen Sportstättenbau abrufen könne.

Fachbereichsleiter Sproß wolle hierzu im Gemeinderat eine Antwort vorlegen.

**TOP 8**  
**Offenlegungen**

TOP 8.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 3. März 2016

TOP 8.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung am Donnerstag, 3. März 2016

**Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: